

Antrag

der Fraktion der SPD

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 20. Januar 2010
zum Thema:

Sicher leben in Brandenburg – Öffentliche Sicherheit durch eine handlungsfähige bürgernahe Polizei gewährleisten

Begründung:

Sicherheit heißt Lebensqualität, heißt sich frei und ohne Angst vor Gewalt und Kriminalität zu bewegen. Sicherheit ist ein öffentliches Gut. Dieses Gut muss jedem Menschen im Lebensalltag garantiert werden; egal wie hoch sein Einkommen ist und wo er in Brandenburg lebt. Diese Sicherheit kann das Land den Brandenburgerinnen und Brandenburgern nur durch eine handlungsfähige bürgernahe Polizei bieten. Um dies zu gewährleisten, muss geprüft werden, welche Organisationsstrukturen langfristig die Handlungsfähigkeit der Brandenburger Polizei garantieren. Ziel ist dabei, dass die Polizei vor Ort im öffentlichen Raum präsent bleibt und kurze bürgernahe Interventionszeiten sicher gestellt werden. Zu überprüfen ist auch, ob bei der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung neue Prioritäten gesetzt und welche internen Verwaltungsprozesse optimiert werden müssen. In den nächsten Jahren wird die Zahl der Stellen im Landesdienst unter anderem vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und dem Ziel der Haushaltskonsolidierung sinken. Dieser Prozess muss auch in den künftigen Jahren im Bereich der Polizei fortgeführt werden, um nach dem Auslaufen der Sonderzuweisungen des Solidarpaktes eine mit anderen Ländern vergleichbare Personalausstattung zu erreichen.

Durch die vorhersehbaren altersbedingten Personalabgänge wird dieser Prozess im Land Brandenburg ohne Kündigungen stattfinden können. Anzustreben ist jedoch im Interesse einer angemessenen Altersstruktur zugleich eine kontinuierliche und qualifizierte Ausbildung von Polizeianwärtern an der Fachhochschule der Polizei und die Einstellung junger Polizistinnen und Polizisten in den Dienst des Landes Brandenburg. Die weitere Personalentwicklung ist deshalb bei der Prüfung der zukünftigen Organisationsstrukturen zu berücksichtigen und längerfristig zu planen.

Dr. Dietmar Woidke
Für die SPD-Fraktion

Datum des Eingangs: 12.01.2010 / Ausgegeben: 12.01.2010